

Kritik des Nationalismus

0. Vorbemerkungen

Nach gängiger Vorstellung ist Nationalismus eine feindselige Haltung gegenüber irgendeinem ausländischen Staat oder gegenüber Ausländern. Die offizielle Politik verurteilt Nationalismus, Rechtsradikalismus, Rechtsextremismus und rechten Terror. So soll man die Scheidelinie ziehen: hier die ehrenwerte patriotische Gesinnung, dort die rechtsextremen Übeltäter. Nationalismus fängt aber nicht mit solchen Einstellungen an, sondern viel früher. Im Folgenden wird geklärt, was der Nationalismus – und zwar der von unten – ist und wie er zustande kommt. – Methodische Anmerkung: Die nächsten Absätze zeigen, wie sich der in Punkt 1 dargelegte abstrakte Begriff des Nationalismus im Verhältnis der Bürger zu ihrem Gemeinwesen entfaltet.

1. Der abstrakte Begriff des Nationalismus

Der elementare Gedanke des Nationalismus ist die Vorstellung einer Gemeinschaftlichkeit aller Bürger untereinander und einer Gemeinschaftlichkeit aller Bürger mit ihrer Staatsgewalt: das ist der Inhalt der Vorstellung *Nation*. Sie ist eine Abstraktion von allen gesellschaftlichen Unterschieden und Interessengegensätzen, die es in der Nation gibt. Grundformel dafür ist das „Wir“.

Das nationale Denken ist die normale, allen Bürgern geläufige Art zu denken, die übliche Einstellung zu dem Gemeinwesen, in dem sie leben: Sie sind dafür! Patrioten zu fragen, wie sie eigentlich auf die Idee kommen, für ihre Nation zu sein, stößt bei denen auf völliges Unverständnis. Ihre Antwort lautet, sie *seien* doch Deutsche, Italiener, Türken... Sie fragen sich nicht, womit sie sich hierzulande dauernd herumschlagen müssen, in welche Konfliktverhältnisse sie eingebunden sind und woher diese kommen, was sie mit anderen – Einheimischen wie Zugereisten – in Kollision bringt. Sie halten die Probleme und Ziele ihres Gemeinwesens für die ihrigen und identifizieren sich mit den „öffentlichen Angelegenheiten“. Sie sind parteiisch für den Erfolg des großen Ganzen, dem sie angehören, und akzeptieren ihn als die Vorbedingung für ihren eigenen privaten Erfolg. Sie wissen, dass ihr Erfolg vom Erfolg ihres Gemeinwesens abhängig und diesem untergeordnet ist. Deswegen sind sie auch bereit, ihren Beitrag zu diesem Gemeinwesen zu leisten.

Abhängigkeit von einem Gemeinwesen und Unterordnung unter ein Gemeinwesen sind nicht in jedem Fall verkehrt: Warum soll man sich nicht für sein Gemeinwesen einsetzen, wenn es dem eigenen Interesse nützt? Es ist eine schlechte Kritik des Nationalismus, dieser Art der Unterordnung einfach entgegenzuhalten, es sei besser, sich nicht unterzuordnen; dann dreht man die Unterordnung lediglich um, übt nur eine moralische Kritik, hält sich für etwas Besseres, weil man sich eben nicht unterordnet. Man muss schon sagen, ob der Zweck des Gemeinwesens etwas taugt oder nicht, ob er verkehrt ist oder nicht. Man muss schon klären, welcher Beitrag zu welcher gemeinschaftlichen Sache von einem verlangt wird, und prüfen, ob das etwas taugt.

2. Die Gemeinschaftlichkeit der Privateigentümer: lauter Konkurrenzaffären

Grundlage dieser Gemeinschaftlichkeit ist ein hoheitlicher Akt: Die Bürger gehören dem Staat völlig passiv, ohne Willensakt, qua Geburt an, sind „Staatsangehörige“.

Dass die Leute parteiisch für ihren Staat sind, ist gar nicht verwunderlich. Schließlich haben die Bürger im Staat *eine politische Gewalt über sich, die ihnen Freiheit gewährt*, d. h. sie auf die Rolle des Privateigentümers und Konkurrenzsubjekts festlegt, ihre daraus entspringenden Interessen aber auch schützt und für allerlei Bedingungen sorgt, unter denen sie diesen Interessen nachgehen können. Sie haben ganz recht damit, dass Bestand und Funktionsfähigkeit der Staatsgewalt die erste Bedingung ihres Daseins als Privatsubjekte ist; dass ihre bürgerlichen Interessen die Gewaltordnung ihres Staates also voraussetzen und sie dessen Vorrang vor dem, was sie im Einzelnen davon haben, gelten lassen müssen. Wer ein Privatsubjekt sein will, hat von vornherein ein ganz positives Verhältnis zur Gewalt, die dieses Verhältnis zwischen den Individuen definiert und sichert.

Der aktuelle Juso-Vorsitzende fasst dieses Verhältnis folgendermaßen:

„Individualisierung ist erst einmal etwas sehr Gutes. Jeder soll im Rahmen gemeinsamer Regeln so leben, wie er oder sie es möchte. Das will auch die SPD. Gleichzeitig gibt es aber etwas, das die Menschen bei aller Verschiedenheit teilen: den Wunsch nach Sicherheit. Sicherheit vor Gewalt, Armut, Krankheit und im technologischen Wandel. Das alles lässt sich nicht individuell organisieren, sondern nur gemeinsam.“ (Interview mit Kevin Kühnert, GT 28.12.2019)

Wenn das Gemeinwesen allen seinen Mitgliedern einerseits die Verfolgung ihrer Interessen ermöglicht, wenn andererseits diese Interessen offenbar immer auch ganz grundsätzlich gefährdet sind – warum sonst sollte der „Wunsch nach Sicherheit“ aufkommen? –, dann muss das Gemeinwesen eine Organisation von ziemlich gegensätzlichen Interessen sein. Die kommen bei Kühnert allerdings gar nicht vor, weil es ihm darauf ankommt, die *prinzipielle* Nützlichkeit des Gemeinwesens hervorzuheben, ohne zu behaupten, jedes Einzelinteresse komme in diesem Gemeinwesen auch zum Zuge.

3. Der Fehler der nationalen Gesinnung

Verkehrt ist diese Einstellung, weil es die Identität zwischen den Interessen des Staates und denen der normalen Bürger nicht gibt. In der Form von Freiheit, Gleichheit und Schutz des Eigentums eines jeden organisiert und schützt der Staat ein ökonomisches Klassenverhältnis.

Zwar ist die staatlich verfügte Ordnung für *alle* Mitglieder der bürgerlichen Gesellschaft *unverzichtbare Bedingung* ihrer Nutzenverfolgung, für die große Mehrheit ist sie jedoch *kein Mittel* ihres Nutzens: Die Mitglieder der Gesellschaft scheiden sich an der Beschaffenheit ihres Eigentums, über das sie verfügen. Für die einen ist das Eigentum ihr Erwerbsmittel, ihre Geldquelle. Die anderen, die große Mehrheit, sind zum Arbeiten genötigt. Wenn sie ihren Lebensunterhalt bestreiten wollen, müssen sie sich für ein fremdes, ihrem Nutzen entgegengesetztes Interesse hergeben. Sie sind nicht Teilhaber an einer gemeinsamen Daseinsbewältigung, sondern Kostenfaktor einer Wirtschaft, die ihren Erfolg im Gewinn der Kapitaleigner misst und keineswegs in hohen Löhnen und kurzen Arbeitstagen. Der *Lohn*, der als eine Form des Erwerbs ins Recht gesetzt ist und von dem die abhängig Beschäftigten leben, *ist die negative Größe des Wirtschaftserfolgs, Kostenfaktor*, er muss sich als lohnender Kapitalaufwand in der Rechnung derer rechtfertigen, die nicht arbeiten, sondern arbeiten lassen.

Dabei ist das Interesse des Kapitals nicht nur ein Privatinteresse neben anderen. Weil *alle* Interessen und Einkommen, einschließlich der Arbeitsplätze und des Steueraufkommens, und damit auch die Macht und Handlungsfreiheit des Staates vom Erfolg des Kapitals abhängen, ordnet der Staat diesem Privatinteresse das ganze Leben der Gesellschaft unter: „Das Wachstum“ – des Kapitals selbstverständlich – ist Substanz des Gemeinwohls dieser Gesellschaft; alle Politik und damit das ganze Volk hat ihm zu dienen. Allenfalls für die großen Kapitaleigner ließe sich also eine Identität ihrer Interessen mit denen der Nation vermelden. Die Mehrheit der Mitglieder der bürgerlichen Gesellschaft, deren Lebensunterhalt von rentabler Arbeit abhängig gemacht ist, machen also einen Fehler, wenn sie wegen dieser Abhängigkeit den Übergang machen, sich für das Gemeinwesen einzusetzen, das ihnen diese Lebensumstände beschert. Denn damit setzen sie sich für etwas ein, das gar nicht ihr Interesse ist, nämlich für die Bedingung ihres Interesses, deren Betätigen ihren Nutzen gar nicht ergibt.

4. Patrioten denken sich die staatlich verordneten Existenzbedingungen als ihre Heimat

Weil die Leute Geld verdienen dürfen, weil sie mit dem verdienten Geld ihr Leben nach ihrem Gusto gestalten dürfen, weil sie also ihren Interessen nachgehen dürfen, halten sie sich auch für Teilhaber am Erfolg des großen Ganzen. Dies ist nicht so aufzufassen, als täuschten sich die Leute über ihr Gemeinwesen, als machten sie eine falsche Rechnung auf. Vielmehr beweist die nationale Gesin-

nung hier eine weitere Härte: Leute, die die Ordnungsstiftung durch das staatliche Gewaltmonopol als Grundlage ihrer bürgerlichen Existenz und die Nachrangigkeit ihrer Interessen hinter denen ihrer Existenzbedingung anerkennen, machen ihre Loyalität nie von der Prüfung abhängig, ob und wie viel ihnen das Wirken des Staates wirklich nützt. Sie wissen und anerkennen den Staat vielmehr als *unbedingte* Voraussetzung ihres Lebens. Allein der Umstand, dass sie die Obrigkeit brauchen und ihr Wohl und Wehe von der *abhängt*, ist ihnen Beweis genug dafür, dass im Staatswohl auch ihr privates vorgesehen bzw. dass im Erfolg des Großen Ganzen auch der kleine eigene Nutzen mit eingeschlossen sein muss. Alles Kalkulieren des eigenen Nutzens geht erst auf Grundlage des Dafürseins los, nicht umgekehrt. Die Bürger setzen die Identität von sich und dem Gemeinwesen einfach voraus, sind für Deutschland aus keinem besseren Grund, als weil sie Deutsche sind: Weil sie drin stecken und davon abhängen, ist der Laden *Heimat*. Er hat ihre unbedingte Loyalität, noch vor dem politischen und ökonomischen System, das in ihm herrscht und das ohne Beurteilung mit eingekauft wird. Man denkt nicht über die Ordnung nach, sondern urteilt *von ihr aus*: „Wir“ – die Grundformel der Identifikation des Einzelnen mit dem Staat – brauchen mehr Kindergärten, mehr Wachstum, mehr Biss der Finanzämter, ehrlichere Politiker usw.

Die Kritik geht zwar auch darauf, was geschehen sollte, damit die Ordnung einem selbst nützlicher ist, sie nimmt sich aber nie die Ordnung selbst vor. Aus diesem Grund wird auch eine so grundsätzliche Kritik an diesem Gemeinwesen wie die unsrige als ein Alternativangebot aufgefasst, wie man es den bürgerlichen Privatsubjekten in diesem Gemeinwesen recht machen wolle. Die Kritik wird dann an der Realität gemessen und in der Regel als unrealistisch zurückgewiesen, was ja auch kein Wunder ist, denn sie ist ja gar nicht als Verbesserungsangebot gedacht. Unsere Kritik fordert die Leute ja dazu auf, sich erst mal wenigstens theoretisch von ihrer Abhängigkeit von diesen Verhältnissen zu distanzieren, um sich klarzumachen, wie dieser Laden funktioniert, welche Rolle für die meisten von ihnen darin vorgesehen ist.

5. Patrioten deuten ihren Misserfolg als Beschädigung ihres Gemeinwesens

Natürlich vergessen auch brave Deutsche ihre Interessen nicht vor lauter Heimatliebe; sie melden ihre Interessen an und behaupten, diese hätten doch – eigentlich – ihren berechtigten Platz im Gemeinwesen und für ihren Erfolg sei doch – eigentlich – auch vorgesorgt. Wenn sie dann jedoch zu spüren bekommen, dass die Identität ihrer Interessen mit den nationalen, an die sie glauben, nicht existiert, verarbeiten sie entsprechende Enttäuschungen sie im Sinn ihres Dogmas: Wann immer ihre Interessen zuschanden, ihre Ansprüche zurückgewiesen werden oder ihnen sonst etwas gegen den Strich geht, steht für sie fest, dass *im Land etwas schief gelaufen* sein und im Argen liegen muss. Sie lassen sich vom Gemeinwesen um keinen Preis trennen, egal, wie wenig es sich als ihr Mittel bewährt: Je schlechter es ihnen geht, desto schlechter muss es um Deutschland stehen, desto radikalere Schritte finden sie für seine Rettung angebracht.

Deutschen Gewerkschaften beispielsweise ist der Schluss von den geschädigten Interessen ihrer Klientel darauf, dass im Land etwas nicht in Ordnung sein muss, sehr geläufig. Unter Verweis auf die Massenarbeitslosigkeit behaupten sie, die Krise sei noch nicht vorbei. Sie nehmen die Massenarbeitslosigkeit nicht als Beweis dafür, dass Proleten für den Zweck der Kapitalvermehrung massenhaft untauglich sind, sondern als Indiz für den ausbleibenden Erfolgs Deutschlands. Entsprechend diesem Befund werden sie dann auch aktiv: Sie machen Vorschläge zur „Arbeitsmarktreform“, die die Staatsgewalt gesetzlich verankern soll. Ihr Anliegen suchen sie in den politischen Parteien zu verankern. Nie kommen sie auf die Idee, dem gegnerischen Interesse einen Strich durch die Rechnung zu machen. Immerzu argumentieren sie von der Voraussetzung her, das Interesse der Arbeiterschaft sei doch – eigentlich – aufgehoben im nationalen Erfolg; nie wird geprüft, ob die nationale Ordnung für den Erfolg der von ihr vertretenen Lohnabhängigen auch eingerichtet ist.

Wenn Linke sagen, der Erfolg rechter Parteien sei doch kein Wunder angesichts dessen, dass immer mehr Bevölkerungsgruppen in Deutschland „sozial abgehängt“ und ins Prekariat abgedrängt würden, dann finden sie es offenbar sehr verständlich und nicht weiter erklärenswert, schon gar nicht kritisierenswert, dass die Bürger ihren materiellen Schaden als Beschädigung des Gemeinwe-

sens deuten und nach staatlichem Durchgreifen rufen. Denn auch sie als linke Partei – wie auch alle anderen Parteien – wollen aus diesem nationalistischen Urteil ihren Nutzen ziehen: Ob sie sich zur Wahl stellen oder ob sie außerparlamentarisch tätig sind, stets wollen sie die *national gesonnenen* Massen für ein arbeiterfreundliches Gemeinwesen begeistern, also mit ganz viel Staatsmacht den Nutzen für die Lohnabhängigen herbeiregieren. Wegen dieses Fehlers kommt ihre „Kritik“ an Rechtsradikalen und Faschisten kaum über deren bloße Ausgrenzung aus der Gemeinde der Demokraten hinaus.

6. Von der Klage über das beschädigte Gemeinwesen zum Ruf nach Unterordnung unter die nationale Gemeinschaft

Das eigene – geschädigte – Interesse ist zwar Ausgangspunkt und auch Antrieb der Kritik. Mit der oben dargelegten nationalistischen Deutung machen Patrioten jedoch die Ordnung, den Zustand des Gemeinwesens zum ideellen Sorgeobjekt. Der Bürger schwingt sich zum ideellen Bundeskanzler auf, als Besserwisser stoßen ihm überall Versagen, Missstände und Misserfolge übel auf. Schneiden deutsche Schüler in der Pisa-Studie schlecht ab, hat die deutsche Bildungspolitik versagt. Hängt Deutschland bei der Einführung von E-Autos hinterher, haben die deutsche Autoindustrie und nicht zuletzt auch das Verkehrsministerium gepennt. Verliert die Fußballnationalmannschaft, war ein unfähiger Nationaltrainer am Werk, usw. usf.

Von diesem Standpunkt aus wird alles Mögliche zum Gegenstand der ideellen Aufsicht, weil es Indiz für die Lage Deutschlands ist. Meilenweit entfernt sich der Bürger von der Befassung mit seinem eigenen Interesse und einem Urteil über diejenigen Interessen, die dem seinem tatsächlich feindlich gegenüberstehen. Für die üble Lage der Nation kennt er vielmehr *Schuldige*, Verbrecher, Schädlinge, die sich an Staat und Volk vergehen, weil sie es – aus Materialismus und Selbstsucht – an Unterordnung und Dienst am Gemeinwesen fehlen lassen. Damit das Land in Ordnung kommt, muss denen das Handwerk gelegt werden, sie müssen zur Pflichterfüllung gezwungen werden. Wenn der Glaube an die Nation sich zu Wort meldet, dann kaum je als ein zufriedenes „Passt schon!“, sondern als gehässige Unzufriedenheit: Leute, die diesem Glauben anhängen, fordern Aufsicht und strengere Herrschaft über diejenigen, die sie als Egoisten und Schädlinge an den anständigen Teilen des Volkes ausgemacht haben wollen – seien es Banker („Bankster“), Vermieter („Miethaie“), Kapitalisten („profitgierige Heuschrecken“), Arbeitslose („Faulenzer“), Rentner („zu gut versorgt auf Kosten der Jüngeren“) oder Politiker („alle korrupt“), die nur an sich denken.

Schon nach innen ist die Vorstellung von der Nation, in deren Namen man fordert, keine Idylle einer harmonischen Gesellschaft – die wird allenfalls an nationalen Feiertagen zelebriert –, sondern nichts als die *Idealisierung von Herrschaft*. Man fordert im Namen einer *verpflichtenden Gemeinschaft, der sich der Einzelne unterzuordnen hat* – um dann, wenn alle Verzicht üben, ihre Pflicht tun und das Große Ganze blüht, nicht etwa zu bekommen, was man haben will oder braucht, sondern *was einem zusteht* und von höheren Instanzen zugeteilt wird. Die Ein- und Unterordnung unter das nationale Kollektiv kommt vor dem eigenen privaten Interesse: Auch Leute, die sich nicht als wilde Nationalisten gebärden, bekennen sich dazu und finden den Spruch von Adolf Hitler, dass Gemeinnutz vor Eigennutz gehe, völlig richtig.

Wenn Linke den Nationalismus der Bürger folgendermaßen charakterisieren:

„Als Projektionsfläche ursprünglicher und daher ‚echter‘, krisenfreier Identität gewährt die Identifikation mit der Nation eine trügerische Entlastung von den ständig latenten Krisen und Kränkungen kapitalistischer Vergesellschaftung. (...) Der im Kapitalismus jederzeit latent bedrohte und von widersprüchlichen Zwängen gequälte Bürger sucht hier Anhaltspunkte einer von alters her versicherten, unzweifelhaften und widerspruchsfreien Zusammengehörigkeit.“ (Bündnis Ums Ganze: Staat, Weltmarkt und die Herrschaft der falschen Freiheit, S. 75)

verfehlen sie ihn nicht nur, sondern verharmlosen ihn auch zu einem ganz ins geistige Innenleben des bürgerlichen Individuums verlegten kompensatorischen Sehnsuchtsbild einer echten kollektiven Heimat, das sie nur deswegen „trügerisch“ nennen, weil im Kapitalismus die Realisierung dieses Heilsversprechens nicht möglich sei. Diese Linken wollen den Kapitalismus also durch den Nachweis schlecht machen, dass er die in ihm kursierenden Ideale verhindert, anstatt den Leuten zu erklären, warum ihre Interessen in dieser Gesellschaft immer wieder unter die Räder kommen.

In der *Demokratie* tobt sich der bissige Idealismus der Nation in der Regel an Stammtischen und in Leserbriefen¹ aus, wo die schlechte Meinung über lauter gemeinschaftsschädigende Elemente gepflegt wird; gelegentlich allerdings werden auch Obdachlose angezündet, Ausländer verprügelt und umgebracht, sogar Politiker bleiben von tätlichen Angriffen nicht verschont. *Faschisten* hingegen machen das Ideal der Nation als „Volksgemeinschaft“ *praktisch* wahr, indem sie zur Ausmerzung aller Volksschädlinge und unnationalen Elemente eine Volksbewegung organisieren und nach der Eroberung der Macht die Staatsgewalt für diesen Zweck einsetzen.

7. Der ideelle Lohn des Nationalisten: Respekt für seine Dienstwilligkeit und eine sowohl nach innen wie außen durchgreifende Staatsgewalt

Der Nutzen, auf den der Nationalist setzt, ist nicht mehr der private Materialismus, sondern der von oben zugestandene, zugeteilte Lohn für Unterordnung, für Dienst. Seine Leistung will er als Dienst an der Gemeinschaft verstanden wissen, dafür fordert er Respekt. Zugleich verlangt er mit dem Respekt vor den *fürs* Vaterland erbrachten Leistungen auch Respekt *vor* dem Vaterland. Eine Sache, für die man sich so selbstlos eingesetzt hat, darf nicht in den Schmutz gezogen werden. Nationale Erfolge, auf welchem Gebiet auch immer, genießt der Nationalist wegen seiner aufopferungsvollen Pflichterfüllung immer auch ein wenig als eigene Leistung; dies ist die zweite Seite des ideellen Lohns, den ein Nationalist einstreichen will. Dazu soll die Staatsgewalt dann aber auch nach innen mit pflichtvergessenen Elementen aufräumen und nach außen machtvoll ihre Interessen durchsetzen.

8. „Wir“ und „die Anderen“ in der Optik des Nationalisten

Der unbedingten, vor jeder individuellen Entscheidung und Berechnung feststehenden *Zugehörigkeit zum eigenen Volk und Staat* stehen grundsätzlich *die Anderen gegenüber*: Fremde nationale Kollektive, die genau so funktionieren wie das eigene, aber eben andere sind und für „uns“ ein Problem darstellen, wenn nicht gleich eine Gefahr, weil sie unserem Kollektiv nicht verpflichtet sind und dienen, sondern ihren eigenen nationalen Egoismus betätigen, wie „Wir“ den unseren.

Mit ihrer grundsätzlichen Parteilichkeit für die eigene Nation in der Konkurrenz der Nationen und ihrem allgegenwärtigen Misstrauen gegen „die Anderen“, die uns ausnutzen oder schwächen könnten, machen sich national denkende Menschen zum perfekten Instrument ihres Staates: Die Politik kann den Volkszorn leicht auf Hindernisse lenken, die fremde Staaten oder Menschen für sie darstellen. Häufig schlagen öffentliche Meinung und viele Bürger in der Beurteilung anderer Staaten, die dem eigenen Schwierigkeiten bereiten, schärfere Töne an als die Politiker selbst. Das liegt daran, dass Politiker in diesen Auseinandersetzungen mit den Mitteln kalkulieren, die ihnen zur Verfügung stehen; ihre Stellungnahmen zu den Konflikten fallen dementsprechend aus.

Nicht zum Kollektiv Nation gehörige Menschen sind in den Augen national gesonnener Menschen prinzipiell erst einmal rechtlos. Dieser prinzipielle Vorbehalt gegen Fremde lässt sich auch nicht so einfach durch die Widerlegung der entsprechenden Sprüche gegen Ausländer beeindrucken: Sie

¹ Beispiel gefällig? Es geht um die Sanierung der Nord LB: „6,8 Milliarden [haben die Banker] in den Sand gesetzt, und regt sich jemand noch auf? Nein, nur ich. 6,8 Milliarden soll der Steuerzahler für diese Sanierung aufbringen. Da werden die Menschen belogen und betrogen und andere machen sich die Taschen ordentlich voll. Dann sollte doch jeder mal nachlesen, was noch in diesem ‚unserem Lande‘ an Millionen zum Fenster hinausgeworfen wird. ... Es stinkt zum Himmel, was sich landauf und landab von unseren Politikern geleistet wird zum ‚Wohle des deutschen Volkes‘. Es ist eine verkommene Lachnummer. Keiner wird zur Verantwortung gezogen. Nein, die bekommen noch ‚Boni‘ für die tollen Leistungen.“ (GT 09.01.2020)

sind es doch nicht, die uns die Arbeitsplätze wegnehmen, die für steigende Mieten sorgen usw. Dem Nationalisten ist das egal, die Fremden sind auf jeden Fall einfach zu viele. Die Bürger fremder Staaten werden konsequent als Repräsentanten ihrer Nation genommen und – je nach Stellung der eigenen Nation zu dem Land – geschätzt oder verachtet und manchmal gehasst. Im Hoheitsbereich des eigenen Nationalstaats haben sie grundsätzlich nichts verloren, und dürfen sich höchstens dann hier aufhalten, wenn sie Geld mitbringen oder „uns“ auf andere Weise nützen. Misstrauen verdienen Migranten auf jeden Fall, denn ein Nationalist traut ihnen eine ebenso unbedingte Loyalität zu ihrer Herkunftsnation zu, wie er sie der seinen gegenüber an den Tag legt: Er hält sie grundsätzlich für die 5. Kolonne eines fremden Staates. Sein eigener Staat kalkuliert jedoch mit der erlaubten Zuwanderung, um die Migranten als wachstumsdienliches Element in sein Arbeitsvolk einzubauen. Und weil der Staat mit der erlaubten Zuwanderung armer Migranten den einheimischen Arbeitskräften ja tatsächlich Konkurrenten auf den Arbeits- und anderen Märkten zumutet, kritisieren sie die eingebildete Pflichtverletzung ihrer Obrigkeit gegenüber der treuen Basis.

9. Umdrehung des Verhältnisses von Staat und Volk in der nationalen Sichtweise

In der nationalen Perspektive steht das politische Herrschaftsverhältnis von Staat und Volk auf dem Kopf: Der Staat gilt den Volksgenossen nicht als die politische Gewalt, die das Volk schafft, indem sie die Menschen über die Jahrhunderte mittels ebenso vieler Kriege unter ihre Herrschaft bringt und zusammenzwingt und unter ihnen die eine Gemeinsamkeit stiftet, die es wirklich gibt: Sie gehorchen derselben Obrigkeit. Der Staat gilt ihnen auch nicht als die Instanz, die sie von Bevölkerungen abtrennt, die im Hoheitsbereich anderer Staaten leben, und damit auch nicht als Quelle aller Gegensätze zwischen ihnen. Nationalisten sehen das umgekehrt: Ihr Volk halten sie für eine *vorstaatliche Menschengemeinschaft*, die sich einen politischen Staat schafft, weil sie Schutz gegen andere Völker und deren Interessen braucht.

10. Zusatz: Gemeinschaft der Sprache, Kultur, Rasse usw. sind leicht als Verrücktheit des Nationalismus zu durchschauen

Erst wenn es darum geht, sich den falschen Gedanken von der Menschengemeinschaft ohne Staat vorzustellen, sich ein Bild von einer angeblich ursprünglichen Gemeinsamkeit zu machen, kommen die Verrücktheiten des Nationalismus zustande, die viele durchschauen: Nein, die Nation entsteht nicht aus gemeinsamer Sprache, Kultur oder Rasse bzw. ursprünglichen Verwandtschaft der Volksgenossen. Das zu kritisieren ist leicht; aber betrifft nur das Tüpfelchen auf dem 'i'. Der Fehler der Identifizierung des Individuums mit seiner politischen Herrschaft liegt vorher – und kommt auch ohne nationale Ursprungsmythen aus.

11. Fazit

Nationalismus ist also weder die Haltung menschenverachtender Idioten, noch eine grundlose Knechtsgesinnung braver Arbeitsleute, sondern die notwendige Politisierung, die dieses System bei seinen Mitmachern fordert. Die Kritik des Nationalismus ist die Kritik der Freiheit, die der Staat gewährt, und der kapitalistischen Privatinteressen, die zu ihrer Betätigung tatsächlich vor allem ein funktionsfähiges Gewaltmonopol brauchen. Die Alternative zum Nationalismus ist nicht eine andere, etwa kosmopolitische, menschliche, solidarische Haltung zu In- und Ausländern in der kapitalistischen Gesellschaft, sondern deren Abschaffung.